

Schwäbisches Tagblatt

Südwest Presse

Tübinger Chronik

www.tagblatt.de

Nummer 200 / Donnerstag, 29. August 2013

Unabhängige Tageszeitung für den Landkreis Tübingen und die Region

69. Jahrgang / Einzelpreis € 1,50 / E 6217 A

TÜBINGEN

Stadt der Bücher

Tübingens umbrische Partnerstadt Perugia möchte im Jahr 2019 gern europäische Kulturhauptstadt werden – und einiges dafür tun. Unter anderem soll mitten im Zentrum eine neue Stadtbücherei gebaut werden. Das wäre dann – neben der großen Universitätsbibliothek – die siebte kommunale Bibliothek in Perugia.

ROTTENBURG

Friedliche Invasion

36 Störche vergaßen das Klappern, so hungrig grast sie gestern Abend im Neckartal zwischen dem Bauernhof Laupp und dem Kieswerk Bischoff. Diese Zahl dürfte Rekord sein für die vergangenen Jahrzehnte im Kreis Tübingen. In Eutingen landeten vor drei Jahren schon einmal gut 30 Störche auf dem Flugfeld.

REGIONALSPORT

Blamage im Bezirkspokal

Fußball-Bezirksligist SV 03 Tübingen hat sich gestern Abend bei B-Ligist FC Reutlingen blamiert: In der zweiten Runde des Bezirkspokals verlor Tübingen nach einem zwischenzeitlichen 0:4-Rückstand mit 3:4. Eine weitere Überraschung gelang B-Ligist TGV Entingen mit dem 4:1-Erfolg gegen A-Ligist SG Reutlingen.

KRANKENHAUS

Weniger Klinikbetten

Wiesbaden. Die deutschen Krankenhäuser haben ihre Auslastung ein wenig verbessert, kämpfen aber weiter mit wirtschaftlichen Problemen. Rund 18,6 Millionen Patienten wurden 2012 behandelt, 1,5 Prozent mehr als im Jahr zuvor, wie das Statistische Bundesamt berichtete. Rund 501 000 Betten standen zur Verfügung, etwa 500 weniger als im Jahr zuvor. dpa

WETTER BIS 24°

Örtliche Frühnebelfelder lösen sich rasch auf, es folgt ein Mix aus Sonne und Quellwolken.

TV-TIPP ZDF NEO, 20.15

„Nicht nachmachen!“ heißt die hochexplosive Experimentier-Comedy-Show mit Wigald Boning und Bernhard Hoëcker zurecht. Die neue Staffel befasst sich mit Fragen wie „Darf man einen Kamin mit Benzin reinigen?“

SERVICE

TERMINATOR DIE KONZERTE DER WOCHE

Tagblatt-Zentrale
0 70 71 / 9 34-0

Anzeigenannahme
0 70 71 / 9 34-44
e-Mail: anzeigen@tagblatt.de

Abo und Zustellung
0 70 71 / 9 34-22
e-Mail: vertrieb@tagblatt.de

Redaktion
0 70 71 / 9 34-3 02 / 3 03
e-Mail: redaktion@tagblatt.de



Entspannte Stars in Venedig

Dienstreise im Vaporetto: Sandra Bullock (l.) und George Clooney kamen gestern in Venedig an, wo die Hollywoodstars am Abend die 70. Ausgabe der internationalen Filmfestspiele eröffneten. Gemeinsam spielen sie in dem Thriller „Gravity“ zwei Astronauten, die nach der Explosion ihres Raumschiffs im Weltall ums Überleben kämpfen. Foto: afp



Westen ringt mit Moskau

UN-Sicherheitsratssitzung ohne Beratung über Syrien zu Ende gegangen

Die mit Spannung erwartete Sitzung des UN-Sicherheitsrats befasste sich gestern nicht mit der von Großbritannien vorgeschlagenen Syrien-Resolution.

Washington/Berlin. Zum möglicherweise letzten Mal haben die westlichen Großmächte versucht, Russland von einem Militäreinsatz gegen Syrien zu überzeugen. Die fünf vetoberechtigten Mitglieder des Gremiums – Großbritannien, Frankreich, China, Russland und die USA – hatten vor der Sitzung des UN-Sicherheitsrates über die Situation in Syrien gesprochen. Dabei habe Russland seine ablehnende

Haltung gegenüber einer Resolution betont. Großbritannien hatte zuvor angekündigt, einen entsprechenden Entwurf einzureichen, der „alle notwendigen Maßnahmen zum Schutz von Zivilisten vor Chemiewaffen“ in Syrien erlaubt. Das würde Luftangriffe einschließen. Der Entwurf wurde bisher nicht eingebracht.

Wann nun – und ob überhaupt – über das Papier beraten werden kann, war unklar. Heute will das Gremium über die UN-Mission im Libanon beraten. Eine Sondersitzung des Rats kann jederzeit einberufen werden. Der Rat ist seit Beginn des Syrien-Konfliktes quasi handlungsunfähig, weil Russland und China

Forderungen der Westmächte mit einem Veto blockieren.

SPD-Chef Sigmar Gabriel forderte Kanzlerin Angela Merkel (CDU) auf, im Syrien-Konflikt zwischen den USA und Russland zu vermitteln. „In Russland liegt derzeit der Schlüssel für eine Beendigung der Gewalt in Syrien. Die Bundeskanzlerin muss nach Moskau reisen, um Präsident Putin davon zu überzeugen, dass seine Syrien-Politik fatale Folgen hat“, sagte Gabriel. Merkel selbst will vor einer Entscheidung über das weitere Vorgehen im Syrien-Konflikt eine Lagebewertung der Staatengemeinschaft abwarten. „Ich darf Ihnen sagen, dass die Bundesregierung, der Bundesau-

ßenminister und ich, ganz besonders daran arbeiten, im Kontakt mit unseren Partnern eine gemeinsame Bewertung dessen, was geschehen ist, zu erreichen“, sagte Merkel auf einer Wahlkampfveranstaltung in Ulm.

Die US-Geheimdienste wollen heute einen Bericht mit „unwiderlegbaren Beweisen“ für die Giftgasattake der syrischen Streitkräfte vorlegen. Erst danach will sich Großbritannien entscheiden. Man wolle militärisch nicht in Syrien eingreifen, bevor nicht die Prüfergebnisse der UN-Inspektoren vorliegen, heißt es in einer Beschlussvorlage für das Kabinett. dth/afp/dpa

Leitartikel und Brennpunkt

Mehr Menschen in festen Jobs

Zahl der befristeten und Teilzeitverträge sinkt leicht

Wiesbaden. In Deutschland wurden innerhalb eines Jahres mehr als eine halbe Million zusätzlicher regulärer Jobs geschaffen. Die Zahl der Menschen in so genannten Normalarbeitsverhältnissen erhöhte sich um 504 000 auf 24,2 Millionen. Dagegen sank die Zahl der „atypisch“ Beschäftigten – Minijobber, Zeitar-

beiter, befristet Eingestellte oder Teilzeitbeschäftigte mit bis zu 20 Stunden – im Vergleich zum Vorjahr um 146 000 auf 7,89 Millionen, wie das Statistische Bundesamt gestern mitteilte. Erstmals seit 1991 sank bei steigender Erwerbstätigkeit die Zahl „atypischer“ Jobs. Zuvor war sie stets angestiegen. dpa

Platzek tritt ab, Woidke an

Brandenburger Landtag wählt neuen Ministerpräsidenten

Potsdam. Dietmar Woidke (SPD) ist Brandenburgs neuer Ministerpräsident. Der Landtag hat den bisherigen Innenminister gestern gewählt – mit einem Vertrauensvorschuss. Der 51-Jährige erhielt 59 von 87 abgegebenen Stimmen, vier mehr als die rot-rote Koalition zusammen hat. Woidke war einziger Kandidat.

Er wurde direkt nach der Wahl vereidigt. Zuvor hatte sein Parteigenosse Matthias Platzek nach elf Jahren an der Spitze des Landes seinen Rücktritt erklärt. Der 59-Jährige begründete den Rückzug mit seiner angeschlagenen Gesundheit. Er hatte kürzlich einen Schlaganfall erlitten. dpa

Kunst oder nicht Kunst?

Sind Kostümbildner Künstler oder Handwerker? Die Frage ist alles andere als akademisch: Dank der Finanzämter ist sie für viele existenziell.

HELMUT PUSCH

Ulm. Die Mehrwertsteuer ist der zuverlässigste Goldesel des Finanzministers. Sie ist aber auch die unübersichtlichste aller Abgaben. Denn worauf Mehrwertsteuer erhoben wird und in welcher Höhe, ist mitunter äußerst rätselhaft.

Die Unterschiede sind delikat: Für Trüffel in Essig sind 19 Prozent fällig, für den edlen Pilz pur aber nur 7. Auch Wachteileer gibt es zum ermäßigten Satz, nicht hingegen Mineralwasser und Esel – Maulesel aber schon. Und auch für Reit- und Renn-

pferde galt bislang der niedrigere Satz. Bis der Europäische Gerichtshof im vergangenen Jahr darauf verwies, dass für Tiere, die nicht als Nahrungsmittel gezüchtet werden oder die für deren Erzeugung gebraucht werden, sehr wohl der höhere Satz zu verlangen sei. Bei 400 000 Reitpferden in der Republik, läppert sich da was zusammen.

Nun aber haben die Finanzämter eine Personengruppe ausgespäht, die bislang auch zu den Verschonten gehörte, weil sie ausübende Künstler sind: Kostüm- und Bühnenbildner. Von ihnen verlangt der Fiskus jetzt den vollen Satz: 19 Prozent. Und nicht nur für die Zukunft. Es gibt Fälle, in denen die Steuer sechs Jahre rückwirkend auf die gezahlten Honorare erhoben wird!

Die teils horrenden Forderungen hängen mit dem Jahressteuergesetz 2013 zusammen. Denn das regelt

auf der einen Seite zwar die Steuerbefreiung für Regisseure und Choreografen. Doch ein Passus in der Begründung des Gesetzes macht nun den Bühnen- und Kostümbildnern Ärger: Es ergebe sich kein „Spielraum für eine erweiternde Auslegung auf weitere Berufsgruppen“, heißt es darin. Und prompt hagelt es nun Briefe vom Finanzamt, in denen Bühnen- und Kostümbildner steuerlich neu eingeordnet und Nachzahlungen gefordert werden – obwohl sich für sie im Gesetz eigentlich gar nichts geändert hat.

Lohnt sich das ganze Theater eigentlich für den Fiskus? Ein Blick in die Statistik der Künstlersozialkasse zeigt: Nein. Dort sind bundesweit 2600 Bühnen- und Kostümbildner versichert – mit einem Jahresdurchschnittseinkommen von gerade mal 12 200 Euro. Ein warmer Regen für die Staatskasse ist damit wahrlich nicht zu erwarten.

Kassen bedrängen Alte und Kranke

Berlin. Gesetzliche Krankenkassen sind wegen Diskriminierung von alten und kranken Menschen ins Kreuzfeuer der Kritik geraten. Bundesgesundheitsminister Daniel Bahr (FDP) zeigte sich befremdet: „Es ist nicht in Ordnung, dass einzelne Krankenkassen versuchen, Rosinenpickerei zu betreiben“, sagte er gestern in Berlin. Die Verantwortung für solches „Fehlverhalten“ trügen die Kassenvorstände.

Die Missstände hatte das Bundesversicherungsamt (BVA) in seinem neuen Tätigkeitsbericht angeprangert. Die Prüfer stießen sich an Praktiken der „Risikoselektion durch Herausdrängen von älteren oder kranken Versicherten“. So hätten Mitarbeiter einer Krankenkasse „in unzulässiger Art und Weise telefonisch Einflüsse“ vor allem auf alte und kranke Versicherte genommen, „um diese zur Kündigung ihrer Mitgliedschaft zu bewegen“. Auch die systematische „Risikoselektion bei der Anwerbung von Versicherten“ einiger Kassen ist den Prüfern ein Dorn im Auge. dpa

Regierung plant Konzept gegen Firmenspionage

Berlin. Die deutsche Wirtschaft soll besser vor Spionage aus dem Ausland geschützt werden. Wirtschaftsverbände und Bundesregierung planen eine nationale Strategie, die Spionage und Sabotage deutscher Firmen durch ausländische Geheimdienste oder die Konkurrenz verhindern soll. Von britischen oder US-Nachrichtendiensten droht hiesigen Firmen entgegen verbreiteter Befürchtungen nach Ansicht des Verfassungsschutzes allerdings keine Gefahr.

Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI), der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) und das Bundesinnenministerium unterzeichneten in Berlin eine Erklärung, auf deren Grundlage die Antispionage-Strategie bis 2015 erarbeitet werden soll. Eingerichtet wird dafür zunächst eine gemeinsame Steuerungsgruppe von Staat und Wirtschaft.

Gerade die heutige arbeitsteilige Wirtschaft, bei der Produkte an zahlreichen Standorten in Deutschland und der gesamten Welt entwickelt und produziert werden, sei anfällig für Wirtschaftsspionage, sagte Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU). Die Schäden für die deutsche Wirtschaft beliefen sich schon heute auf geschätzte 50 Milliarden Euro. „Wir haben keine Zeit zu verlieren“, sagte Friedrich. afp

Kommentar

KOMMENTAR • SPIONAGE

Fehlendes Bewusstsein

50 Milliarden Euro sind eine stolze Zahl: Jedes Jahr richten Spione in der deutschen Wirtschaft einen Schaden an, der grob der Wertschöpfung des Gastgewerbes entspricht. Deshalb ist es richtig, jedem Angriff auf den „Rohstoff Geist“ entschieden entgegenzutreten. Doch die beschlossene Abwehrstrategie ist nur eine Beruhigungspille.

Damit sich etwas ändert an der Spionagefront müssten im Alltag eingefahrene Denkmuster überwunden werden. Doch etliche Erklärungen, die bei der Präsentation der Strategie abgegeben wurden, zeigen, dass es trotz aller Empörung über die NSA-Affäre genau daran fehlt: Nach wie vor sitzen die Guten, die angeblich nicht schmeffeln, im Westen, die Bösen sind im Osten. Mit Russland und

China werden die bewährten Erzfeinde aus der Zeit des Kalten Krieges genannt. Als Quelle für diese Erkenntnis dient der Verfassungsschutz – eben jener Dienst, der im Umgang mit der Terrorzelle NSU bewiesen hat, nicht auf der Höhe der Zeit zu sein.

Nun sind die als Bösewichte gebrandmarkten Staaten in der Tat nicht harmlos. Doch der nachrichtendienstliche Tunnelblick blendet andere Risiken aus: Hacker, die als Söldner Informationen beschaffen; Geschäftsreisende, die leichtfertig mit Smartphone und Laptop hantieren; Mitarbeiter, die Daten per USB-Stick aus dem Unternehmen schmuggeln. Dagegen hilft ein geschärftes Bewusstsein im Umgang mit Hard- und Software mehr als jeder nationale Aktionsplan. CHRISTOPH FAISST